

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/159

21. August 1972

Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität

Unverzichtbare Grundwerte der deutschen  
Sozialdemokratie

Seite 1 und 1a / 52 Zeilen

Abbau von Privilegien

Die Bodenreform, eine der vordringlichsten  
Aufgaben des nächsten Bundestages

Von Rolf Heyen MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für  
Städtebau und Wohnungswesen

Seite 2 und 3 / 86 Zeilen

Aus amerikanischer Sicht

Zweimal Olympische Spiele in Deutschland

Seite 4 und 5 / 87 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Erklärung des Kurt-Schumacher-Kreises

Seite 6 / 24 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach 120 408  
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 60 37 - 38  
Telex: 886 846 / 886 847/  
886 248 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

## Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität

### Unverzichtbare Grundwerte der deutschen Sozialdemokratie

Der 20. Todestag von Kurt Schumacher, des Neubegründers der deutschen Sozialdemokratie, war ein für Willy Brandt gebotener Anlaß, die Ziele und Wertvorstellungen einer Partei zu fixieren, die in der Geschichte unseres Volkes unauslöschliche Spuren hinterlassen hat. Das Wollen und Wirken dieser Partei, die schweren und schwersten Verfolgungen ausgesetzt und oft totgesagt worden war, dient der Verwirklichung von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Das Festlegen auf diese Grundwerte gab der Sozialdemokratie jenen inneren Zusammenhalt, der sie befähigte, im Auf und Ab ihrer wechselvollen Geschichte alle Stürme zu überstehen.

Die deutschen Sozialdemokraten haben es nie leicht gehabt, immer hatten sie es mit einer Phalanx erbitterter Gegner zu tun, im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und auch heute. Im Kaiserreich galten sie als vaterlandslose Gesellen, in der Weimarer Republik als Verzicht- und Erfüllungspartei und heute werden sie als demokratische Sozialisten diffamiert, die darauf aus sind, die Gesellschaft aus den Angeln zu heben. Heute versucht die CDU/CSU einen künstlichen Unterschied zwischen demokratischen Sozialisten und Sozialdemokraten zu konstruieren, aus der Verständigungspolitik mit unseren östlichen Nachbarn der von Brandt/Scheel regierten Bundesregierung leitet sie eine revolutionäre Bedrohung unseres freiheitlichen Gesellschaftssystems ab, und die Herren Strauß und Barzel sprechen sogar vom Ende der Demokratie, wenn die sozialliberale Koalition die Wahlen zum VII. Deutschen Bundestag gewinnen sollte. Heute wie früher werden Ängste mobilisiert und Emotionen geschürt in der Hoffnung, unser Volk lasse sich in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts in einen Rauschzustand versetzen.

Hier tauchen in der Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie in neuer Verkleidung die alten Motive auf. Man unterstellt den Sozialdemokraten, wenn sie von der Notwendigkeit einer Neuordnung

des Bodenrechts sprechen, Eigentumsfeindlichkeit - das geschah auch schon zu Kaiser Wilhelms Zeiten -, wirft ihnen Gleichmachererei und Enteignungspläne vor und noch anderes Schlimmes mehr. Mit dieser Greuelpropaganda gedenken die Unionsparteien den Wahlkampf zu führen unter Mißachtung der Gebote der Fairness, der Wahrheit und der Glaubwürdigkeit.

Die deutschen Sozialdemokraten, das machte Willy Brandt deutlich, lassen sich davon nicht irritieren. Sie werden auch nicht auf die gleiche Ebene absinken. In ihnen wirken Motive fort, die bei der Geburt der Sozialdemokratie Pate standen und sich im Laufe von mehr als 100 Jahren als geschichtsträchtig und zukunftsweisend erwiesen. Noch immer gilt es, die Vorherrschaft wirtschaftlicher Macht einzudämmen, die im Grundgesetz verankerte Sozialbindung des Eigentums zu verwirklichen, die Mitbestimmung als Mittel zum Ausbau der Demokratie und der friedlichen Austragung gesamtgesellschaftlicher Konflikte gesetzlich zu sichern, den Ausgleich zu finden zwischen den wachsenden Erfordernissen der Gesellschaft und den Bedürfnissen des Einzelnen, und das Bürgerrecht auf Bildung nicht auf dem Papier stehen zu lassen, sondern in Wirklichkeit umzusetzen.

Willy Brandt hat in seiner großen Rede Weg und Ziel der Sozialdemokratie umrissen. Der demokratische Sozialismus, wie ihn Schumacher verstand und das Godesberger Programm es formulierte ist eine dauernde Aufgabe, Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren.

Die Sozialdemokratie hat es bei den kommenden Wahlen für den VII. Deutschen Bundestag mit einem mächtigen und listenreichen Gegner zu tun. Ihre besten Waffen, über die sie verfügt, sind ihre Geschichte, ihre Leistungen für die Masse unseres Volkes und ihr ständiges Streben, die Gesellschaft zu humanisieren. Dieses Ziel greift nicht nach den Sternen, es kann, sofern es die Bürger nur wollen, auch erreicht werden. (ao/cx/21.8.1972/ks)

## Abbau von Privilegien

---

Die Bodenreform eine der vordringlichsten Aufgaben  
des nächsten Bundestages

Von Rolf Heyen MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Städtebau und Wohnungswesen

Die SPD hat den Bereich "Städtebau und Wohnungswesen" in der VI. Legislaturperiode eine gute Vorrangstellung eingeräumt. Neben überdurchschnittlichen Steigerungsraten im Haushalt von Minister Lauritzen konnte dieser bereits zur "Halbzeit" stolz mitteilen, daß die Ankündigungen der Regierungserklärung voll erfüllt sind und ein wichtiger Teilbeitrag zu den versprochenen inneren Reformen geleistet ist:

- Verbesserungen bei der Wohngeldgewährung (II. Wohngeldgesetz).
- Der erste Schritt auf dem Weg zur Bodenreform (Städtebauförderungsgesetz).
- Ein sozialeres und gerechteres weil die berechtigten Interessen der Mieter berücksichtigendes Mietrecht (Artikelgesetz) und Änderungen der gesetzlichen Voraussetzungen für die Berechtigung zum Bezug öffentlich geförderter Wohnungen (Wohnungsbauänderungsgesetz 1971).

Nun gilt es, für den Wahlkampf und die VII. Legislaturperiode zu rüsten. Ich bin sicher, daß die SPD in der VII. Legislaturperiode erneut dem Bereich von Städtebau und Wohnungswesen eine gute Position einräumt. Die verstärkte Förderung des Wohnungsbaus, die Weiterführung der Stadtsanierungen, die Schaffung einer neuen Form des Wohnbesitzes in der Form des unkündbaren, veräußerlichen und vererblichen Dauerwohnrechts unter Ausschaltung von Bundesspekulation, weitere Verbesserungen beim Mietrecht und beim Wohngeld, das und vieles mehr wird zu bewältigen sein.

Als Hauptaufgabe der VII. Legislaturperiode sehe ich jedoch die Inangriffnahme und Bewältigung einer umfassenden Bodenreform an. Es gilt zum einen, die fortschrittlichen Gedanken des Städtebauförderungsgesetzes in das allgemeine Bodenrecht zu übertragen, um den für meine Begriffe unerträglichen Zustand von zweierlei Bodenrecht im Bundesgebiet zu beseitigen. Ich möchte sieben Punkte herausstellen:

- Bodenwertsteigerungen, die durch Planungen und Investitionen der Gemeinde bewirkt wurden, zu denen der Grundstückseigentümer selbst nichts beigetragen hat, über die Sanierungsgebiete und Entwicklungsbereiche hinaus ganz allgemein der Gemeinde als Finanzierungsbeitrag für notwendige Investitionen zur Verfügung zu stellen;
- die Verwirklichung städtebaulicher Planung überall durch Bau-Abbruch- und Modernisierungsgebote notfalls erzwingen zu können und das öffentliche Interesse an der Verwirklichung der Pläne über

das private Interesse einzelner zu stellen;

- das Enteignungsverfahren ganz generell zu vereinfachen und zu beschleunigen;

- der Gemeinde überall ein erleichtertes Vorkaufsrecht und eine vernünftige Bodenvorratspolitik zu ermöglichen;

- die Möglichkeit der Bodennutzung durch Vergabe von Erbbaurechten ganz allgemein als dem Volleigentum am Boden gleichstehend zu behandeln;

- alle von städtebaulichen Maßnahmen Betroffenen, also neben den Eigentümern auch die Mieter, Pächter und sonstigen Nutzungsberechtigten von Grundstücken, bereits frühzeitig in den Planungsprozeß einzuschalten;

- die Sozialplanung überall in die Bauplanung mit einzubeziehen, um soziale Nachteile im persönlichen und wirtschaftlichen Bereich von den städtebaulichen Maßnahmen Betroffenen nach Möglichkeit von vornherein abzuwenden.

Zum anderen gehört zu einer umfassenden Bodenreform, durch eine gerechtere und zeitnahe Besteuerung des Vermögenswertes Boden und damit diesem erzielten Gewinn ein Privileg abzubauen, durch das in den vergangenen zwanzig Jahren viele Milliarden Mark in der Hand weniger unversteuert angehäuft werden konnten. In diesem Zusammenhang wird der SPD völlig zu Unrecht vorgeworfen, sie wolle dem "kleinen Mann" sein Häuschen nehmen und verteuere im Übrigen hierdurch die Mieten.

Erstens werden ausreichende individuelle Freibeträge dafür sorgen, daß das Kleineigentum unangetastet bleibt. Zum zweiten soll der Bodenwertzuwachs - gleich ob realisiert oder nicht - nur nach einem progressiv ausgestatteten Tarif besteuert werden, der dem Eigentümer immer noch einen wesentlichen Teil des Wertzuwachses läßt, und drittens ist überhaupt nicht einzusehen, weshalb beispielsweise der Erblasser, der eine Million Mark auf dem Konto hat, seinen Erben einen um die volle Erbschaftsteuer geminderten Nachlaß vermacht, während der "schlaue" Erblasser diese Million in Grundstücken anlegt und so sein steuerpflichtiges Vermögen auf etwa 150.000 DM senkt (Wert von 1935).

Es ist auch ein viel zu billiges Argument, daß dies "unerträgliche" Mietpreissteigerungen zur Folge hätte. Wo gibt es denn einen Vermieter, der deswegen heute eine besonders niedrige Miete berechnet, weil er besonders wenig Grund- und Vermögensteuer zu zahlen hat?

Bei der Bodenreform gilt es, der Sozialpflichtigkeit des Eigentums durch den Gesetzgeber Rechnung zu tragen und die Schranken des Eigentums zu bestimmen. Das Grundgesetz (Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG) wird dadurch an einer entscheidenden Stelle mit Leben erfüllt und nicht ausgehöhlt, wie manche Interessenvertreter heute behaupten.

Die SPD wird auf den ersten Schritt des Städtebauförderungsgesetzes einen zweiten bald folgen lassen und sich hierbei auch durch die konservativen Kräfte in der CDU/CSU nicht beirren lassen. Sie wird deutlich machen müssen, wie notwendig diese Reform ist und sich dabei auch auf Tiefschläge der Opposition einzustellen haben.

(-/gab/21.8.1972/ks)

### Aus amerikanischer Sicht

---

#### Zweimal Olympische Spiele in Deutschland

William L. Shirer, Mitarbeiter der angesehenen amerikanischen Zeitschrift "Saturday Review", gehört zu den wenigen ausländischen Korrespondenten, die aus eigener Sicht einen Vergleich anstellen können zwischen den Olympiaden von 1936 und 1972. Er kam schon 1925 nach Deutschland. Seine Bücher "Berlin Diary" (Berliner Tagebuch) und "Rise and Fall of the Third Reich" (Aufstieg und Untergang des Dritten Reichs) sind Standardwerke der neueren deutschen Geschichte. Scharfe Beobachtungsgabe und hohe Bildung setzen ihn in den Stand, auch den politischen und gesellschaftlichen Hintergrund der Ereignisse zu zeichnen.

Die barbarische Behandlung der Juden und ihr Ausschluß von den Olympischen Spielen erregten schon seit 1933 den Unwillen der Amerikaner. Sie, wie auch andere Völker, drohten deshalb, die 1936 in Deutschland geplanten Olympischen Spiele zu boykottieren. Die Behörden des Dritten Reichs entfalteten eine fortgesetzt die Tatsachen entstellende Gegenpropaganda. "Niemand wurde mehr deren Opfer als die Amerikaner" schreibt Shirer. Avery Brundage, der sich noch vor kurzem zum Amateurcharakter der Olympischen Spiele bekannte, ließ sich auf einer Deutschlandreise zu dem Irrglauben überreden, es bestעה für Juden kein Teilnahmeverbot. General Charles E. Sherwin, Mitglied des amerikanischen und des internationalen Olympischen Komitees, erreichte nach Besprechungen mit Nazi-prominenten, daß offiziell wenigstens zwei Exiljuden in das deutsche Team aufgenommen wurden, unter ihnen die in Los Angeles studierende Halbjüdin Helene Mayer. Um sie "stubenrein" zu machen, wurde sie prompt zur Asterin ernannt, aber trotzdem nicht zur Olympiade zugelassen, weil sie angeblich den Anforderungen nicht genüge. Sie war nämlich wegen ihrer Abstammung aus dem Offenbacher Fechtklub ausgeschlossen worden und hätte infolgedessen nicht an den Trainings- und Auswahlspielen teilgenommen. Dr. Theodor Lewald, der ehrwürdige Präsident des Olympischen Komitees und Vater des deutschen Sports, wurde von Hitler hinausgeworfen, weil sein Großvater Jude war. Hauptmann Wolfgang Fürstner, der das prächtige Olympische Dorf gebaut hatte, wurde seines Amtes enthoben und aus der Armee ausgestoßen, weil er jüdisches Blut in seinen Adern hatte. Eine Woche nach Beendigung der Spiele erschöß er sich.

Der Held der Wettkämpfe war nach Shirer ein Farbiger, Jesse Owens, aus USA. Nicht nur gewann er vier Goldmedaillen, er zeigte auch große Bescheidenheit und Grazie. Die Massen jubelten ihm zu. Nicht so Adolf Hitler. Als der große Sprinter nach seinem glänzenden Siege der Führerloge entgegenschnitt, drehte ihm Hitler ostentativ den Rücken zu und sprach mit einigen Gefolgsleuten. Während die Massen stürmisch applaudierten, sagte Hitler zu seinem Reichsjugendführer, Baldur von Schirach, wie dieser in seinen Erinnerungen berichtet: "Die Amerikaner sollten sich über sich selbst schämen, daß sie ihre Goldmedaillen von Negeren gewinnen lassen. Ich persön-

lich würde nie einem von ihnen die Hand schütteln".

Nur wenige der teilnehmenden Sportler und Zuschauer hatten etwas davon bemerkt. Die besten Athleten der Welt wurden gebiendet von dem prunkvollen Rahmen der Spiele. Dahinter verbarg sich ein dunkler Hintergrund, eine reglementierte, antisemitische, militärische Nation, die die Demokratie verachtete und sich fieberhaft auf Krieg und Eroberung vorbereitete.

1972, 36 Jahre später, ist Deutschland wiederum Gastgeber für die Olympiade. Sportler aus 125 Ländern, 4.000 Journalisten und Zehntausende von Besuchern aus der ganzen Welt werden ein völlig anderes Volk vorfinden als das von Hitler regierte. Willi Daure, der Präsident des deutschen Olympia-Komitees hofft, daß die Münchener Spiele die Eindrücke und Vorurteile auslöschen werden, die seit 1936 über Deutschland geherrscht haben. Das ist zwar nicht selbstverständlich, aber vielleicht auch nicht ganz unverdient. An die Nazizeit erinnert nämlich so gut wie gar nichts mehr.

In diesem Sommer werden die Olympia-Gäste, so sieht es W. L. Shirer, ein fleißiges, wohlhabendes Deutschland vorfinden, das zwar etwas materialistisch, aber bestimmt nicht militaristisch eingestellt ist. "Es bemüht sich ernstlich die Demokratie zu verwirklichen, die ihm durch die Sieger aufgezwungen wurde. In ihrem zwangsweise geteilten Land suchen die Deutschen gleichsam sich selbst zu finden. Das Alpdrücken, das sie uns 1936 bereiteten, liegt weit hinter uns. Bei den bevorstehenden Spielen werden an der Stelle des damaligen Diktators auf der Tribüne Präsident Gustav W. Heinemann und neben ihm Willy Brandt, der Kanzler der Bundesrepublik, sitzen. Welch ein Gegensatz! Heinemann ist seit Friedrich Ebert der erste gewählte sozialdemokratische Bundespräsident. Heinemann und Brandt sind beide unerschütterliche Demokraten und unermüdliche Vorkämpfer für den Frieden in unserer unruhigen Welt.

Während der gegenwärtigen Spiele wird die neue Republik ihren 23. Geburtstag feiern. Sie scheint jetzt schon fester und stabiler zu sein als die Weimarer es jemals war. In dieser kurzen Zeit ist sie zur zweitgrößten Handelsmacht der Welt, zum viertgrößten Industrieland und zum reichsten und stärksten Mitglied des gemeinsamen Marktes geworden. Sie hat die stabilste Währung der Welt. In der globalen Krise des letzten Jahres hat die Mark sich als stärker erwiesen als der Dollar. Die Deutschen galten vor nicht langer Zeit noch als engherzig und nationalistisch, heute sind sie weitoffen und in ihren Zielen bescheiden".

Prof. Dr. Georg Willers  
(- / ex / 21.8.1972 / ks)

lich würde nie einem von ihnen die Hand schütteln".

Nur wenige der teilnehmenden Sportler und Zuschauer hatten etwas davon bemerkt. Die besten Athleten der Welt wurden gebiendet von dem prunkvollen Rahmen der Spiele. Dahinter verbarg sich ein dunkler Hintergrund, eine reglementierte, antisemitische, militärische Nation, die die Demokratie verachtete und sich fieberhaft auf Krieg und Eroberung vorbereitete.

1972, 36 Jahre später, ist Deutschland wiederum Gastgeber für die Olympiade. Sportler aus 125 Ländern, 4.000 Journalisten und Zehntausende von Besuchern aus der ganzen Welt werden ein völlig anderes Volk vorfinden als das von Hitler regierte. Willi Daure, der Präsident des deutschen Olympia-Komitees hofft, daß die Münchener Spiele die Eindrücke und Vorurteile auslöschen werden, die seit 1936 über Deutschland geherrscht haben. Das ist zwar nicht selbstverständlich, aber vielleicht auch nicht ganz unverdient. An die Nazizeit erinnert nämlich so gut wie gar nichts mehr.

In diesem Sommer werden die Olympia-Gäste, so sieht es W. L. Shirer, ein fleißiges, wohlhabendes Deutschland vorfinden, das zwar etwas materialistisch, aber bestimmt nicht militaristisch eingestellt ist. "Es bemüht sich ernstlich die Demokratie zu verwirklichen, die ihm durch die Sieger aufgezwungen wurde. In ihrem zwangsweise geteilten Land suchen die Deutschen gleichsam sich selbst zu finden. Das Alpdrücken, das sie uns 1936 bereiteten, liegt weit hinter uns. Bei den bevorstehenden Spielen werden an der Stelle des damaligen Diktators auf der Tribüne Präsident Gustav W. Heinemann und neben ihm Willy Brandt, der Kanzler der Bundesrepublik, sitzen. Welch ein Gegensatz! Heinemann ist seit Friedrich Ebert der erste gewählte sozialdemokratische Bundespräsident. Heinemann und Brandt sind beide unerschütterliche Demokraten und unermüdliche Vorkämpfer für den Frieden in unserer unruhigen Welt.

Während der gegenwärtigen Spiele wird die neue Republik ihren 23. Geburtstag feiern. Sie scheint jetzt schon fester und stabiler zu sein als die Weimarer es jemals war. In dieser kurzen Zeit ist sie zur zweitgrößten Handelsmacht der Welt, zum viertgrößten Industrieland und zum reichsten und stärksten Mitglied des gemeinsamen Marktes geworden. Sie hat die stabilste Währung der Welt. In der globalen Krise des letzten Jahres hat die Mark sich als stärker erwiesen als der Dollar. Die Deutschen galten vor nicht langer Zeit noch als engherzig und nationalistisch, heute sind sie weitoffen und in ihren Zielen bescheiden".

Prof. Dr. Georg Willers  
(-/ex/21.8.1972/ks)